

ZUR PERSON

David Betz ist Professor für „Krieg in der modernen Welt“ im Fachbereich Kriegsstudien am King’s College London. Seine Forschungsschwerpunkte sind Aufstände und Aufstandsbekämpfung, Informationskriegführung und Cyberkrieg, Propaganda sowie zivil-militärische Beziehungen und Strategien, insbesondere historische und zeitgenössische Befestigungsanlagen.



PRIVAT

# „Fast alle Voraussetzungen für Bürgerkriege in Europa sind erfüllt“

Massenmigration, Vertrauensverlust in Institutionen, wirtschaftliche Stagnation: Laut David Betz sind das die Zutaten für Gewalt – mitten in Europa

MORITZ EICHHORN

Die Begriffe Bürgerkrieg und Westeuropa passen eigentlich nicht zusammen – zumindest nicht in der gängigen Vorstellung der Bewohner dieser geordneten Breiten. Doch genau das trägt, sagt David Betz. Der Professor am Londoner King’s College beschäftigt sich mit den Bedingungen für Bürgerkriege und bewaffnete Aufstände. Er geht davon aus, dass es schon in den nächsten Jahren in unserer Weltgegend zu solchen Konflikten kommen kann. Damit ist er einer der ganz wenigen Forscher seiner Disziplin, die das öffentlich sagen. Doch hinter verschlossenen Türen sprächen viele seiner Kollegen davon, sagt Betz. Wie es so weit kommen konnte, was zu erwarten ist und ob sich die erschreckenden Szenarien verhindern lassen, erklärte er im Video-Call aus seinem Universitätsbüro.

Professor Betz, wenn wir von Kriegen sprechen, dann von Konflikten zwischen Israel und Iran oder Russland und der Ukraine. Sie

halten aber einen möglichen Bürgerkrieg für die eigentliche Bedrohung. Warum? Weil in Westeuropa heute fast alle strukturellen Voraussetzungen für einen Bürgerkrieg erfüllt sind – und zwar in einer Form, wie man sie in der Fachliteratur als geradezu „idealtypisch“ bezeichnen würde. Wir sprechen von Faktoren, die seit Jahrzehnten erforscht sind: tiefe gesellschaftliche Spaltung, ein beschleunigter Statusverlust der einst dominanten Mehrheitsbevölkerung und ein dramatischer Zusammenbruch des Vertrauens in die Institutionen. Beginnen wir mit der Spaltung. Was ist damit genau gemeint? Früher wurden politische Debatten an Sachfragen festgemacht – heute bestimmen Identität und Gruppenzugehörigkeit das Denken. Besonders gefährlich ist die „polarisierte Fraktionalisierung“: Man richtet sich nicht nach dem Inhalt, sondern nach der Linie der eigenen „Stammesgemeinschaft“. Das sieht man in ganz Europa, am deutlichsten aber in ethnisch orientierten Parteien.

In Großbritannien gibt es mittlerweile eine wachsende muslimische politische Bewegung, die faktisch eine Ein-Themen-Partei ist – mit Fokus auf internationale muslimische Interessen, aktuell vor allem Gaza, während britische Binnenpolitik kaum Beachtung findet. Das ist Ausdruck einer Politik, in der Identität wichtiger ist als alles andere. Ein zweiter Faktor ist der Statusverlust der Mehrheitsbevölkerung – was heißt das? In der Forschung spricht man von „Downgrading“: Die ehemals dominante kulturelle und politische Mehrheit verliert in rasantem Tempo ihre Stellung. In mehreren europäischen Ländern wird die einheimische Bevölkerung innerhalb einer Generation zur Minderheit im eigenen Land. Im Vereinigten Königreich rechnet man damit um das Jahr 2060, in anderen Ländern früher oder später. Downgrading bedeutet, dass nicht mehr die Sprache, Werte und politischen Prioritäten dieser (bald ehemaligen) Mehrheit den Ton angeben – genau wie bei historischen Kultur-

verdrängungen, etwa der keltischen Briten durch angelsächsische Siedler.

Manche würden sagen: Wenn demokratisch gewählte Regierungen das zulassen, dann ist es doch der Wille der Mehrheit. Das ist ein Trugschluss. Masseneinwanderung ist kein Projekt der Bevölkerung, sondern der Eliten. In Großbritannien hat es nie eine Wahl gegeben, bei der die Wähler sich bewusst für unbegrenzte Migration entschieden hätten. Offiziell hieß es immer „Kontrolle und Begrenzung“ – real wurde der „Wasserhahn“ voll aufgedreht. Diese Eliten – politische, wirtschaftliche, mediale, akademische – sind post-national geprägt. Für sie sind Nation und Grenzen Anachronismen, und Fortschritt bedeutet, alle Barrieren für den Fluss von Menschen, Kapital und Ideen abzubauen.

Und der Vertrauensverlust? Vertrauen ist das soziale Kapital einer Gesellschaft. Über Jahrzehnte wurde es systematisch abgebaut – in Politik, Medien, Polizei, Justiz, sogar in Kirche und Medizin. Heute genießen Politiker als Gruppe in vielen Ländern Vertrauen nur noch im einstelligen Prozentbereich. Doch ohne Vertrauen sinkt die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu lösen. Gesellschaften können so „sozial bankrott“ gehen – genau wie Unternehmen finanziell bankrottgehen können.

Welchen Anteil haben ökonomische Entwicklungen? Einen sehr hohen. Wohlstand, gute Regierungsführung und eine einigermaßen geeinte Elite waren historisch die besten Schutzschilde gegen Bürgerkriege. Doch diese drei Pfeiler sind in der westlichen Welt angeschlagen: Produktivität und Innovation stagnieren seit Jahrzehnten, Bürokratie lähmt den gesamten Apparat. Gleichzeitig wächst die Verschuldung explosionsartig. Deutschland etwa war einst Musterbeispiel für Haushaltsdisziplin, heute werden in kurzer Zeit Hunderte Milliarden bis Billionen Euro aufgenommen. Energie- und Industriepolitik zerstören die Wettbewerbsfähigkeit – in Deutschland greift man nicht mehr auf russische Energiequellen zurück, während man zentrale Exportmärkte wie China verliert. Hinzu kommt: Junge Menschen sind in Sachen Einkommen, beim Wohneigentum, der Familiengründung und Altersvorsorge deutlich schlechter gestellt als ihre Eltern, teils sinkt sogar die Lebenserwar-

Wer würde am Ende gewinnen? Langfristig wird sich die nationale Idee behaupten, weil Post-Nationalismus weder ökonomisch noch sozial tragfähig ist. Aber der Preis wäre enorm: unzählige Tote, zerstörte Infrastruktur, jahrzehntelanger Wiederaufbau. Man kann es mit dem Zerfall der Sowjetunion vergleichen – nur wahrscheinlich mit mehr Gewalt.

Sie sprechen in Ihren Aufsätzen von plötzlichen Kippunkten. Ja. In Bosnien hielten 1990 noch 90 Prozent der Menschen ihre Beziehungen zu anderen Ethnien für gut. Zwei Jahre später war Jugoslawien zerbrochen und es folgten Massaker, Folter, Vertreibungen. Die trügerische Ruhe kurz vor dem Sturm nennt man Normalitätsbias – man denkt, weil heute noch alles funktioniert, wird es morgen auch so sein.

Manche sagen, solche Warnungen kämen vor allem von rechts. Das ist zu kurz gegriffen. Auch linke Theoretiker wie in der französischen Schrift „Der kommende Aufstand“ (*L’Insurrection qui vient*) entwerfen Szenarien, wie man durch Angriffe auf urbane Infrastruktur Chaos auslöst, um politische Macht zu ergreifen. Migration als Auslöser von Konflikten betrifft Arbeiterviertel genauso wie konservative Milieus. Und wenn Eliten versuchen, diese Spannungen zu ignorieren, wächst die Bereitschaft zu Gewalt auf allen Seiten.

Sie sind einer der wenigen Forscher, die eine Gefahr von Bürgerkriegen hier in Westeuropa offen thematisieren. Warum tun Ihre Kollegen das nicht? Meine Thesen stützen sich auf etablierte Forschung – Barbara Walter, Robert Putnam, Monica Duffy Toft. Die Annahme, der Westen sei „immun“ gegen Bürgerkrieg, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Viele Fachkollegen sehen ähnliche Risiken, äußern sich aber nur hinter verschlossenen Türen.

Wie hoch ist das Risiko konkret? Wenn ich mein Bauchgefühl sprechen lasse: hoch, wahrscheinlich innerhalb der nächsten fünf Jahre. Das hat damit zu tun, dass ich keinerlei politische Anzeichen für eine ernsthafte Problemlösung sehe – weder Führungspersönlichkeiten mit dem Willen noch mit der Fähigkeit, den Kurs zu ändern. Wenn wir es statistisch betrachten, stütze ich mich auf die Arbeit der Politikwissenschaftlerin Barbara Walter. Sie hat auf Basis



tung. Das durchbricht das tief verankerte westliche Versprechen, dass es den Kindern materiell besser gehen wird. Welche gesellschaftlichen Ursachen sehen Sie? Multikulturalismus und Identitätspolitik haben die gemeinsame Basis zerstört, die eine Demokratie braucht. Früher gab es ein stabiles Wir – heute dominiert ein „Wir gegen die Anderen“-Muster. Verstärkt wird das durch soziale Medien, die isolieren und polarisieren. In Großstädten zeigen sich schon Symptome sogenannter wilder Städte (*feral cities*): verfallende Infrastruktur, Gebiete ohne effektive Polizeipräsenz oder nur „verhandelte“ Polizeizugriffe, wachsende private Sicherheitsdienste, Mauern und Gitter vor Häusern. Solche Entwicklungen treiben eine ethnisch geprägte Abwanderung – wer kann, zieht dorthin, wo er „seine Leute“ sieht. Und wer stünde sich in einem möglichen Bürgerkrieg gegenüber? Zwei Hauptachsen: Erstens Nationalisten gegen Post-Nationale – im Kern eine Revolte der „Regierten“ gegen Eliten, die die Spielregeln zu ihrem Nachteil ändern. Zweitens Einheimische gegen Neuankömmlinge. Der erste Konflikt könnte wie ein lateinamerikanischer „schmutziger Krieg“ aussehen – gezielte Mordanschläge auf Mitglieder der Eliten und Gegenschläge staatlicher oder privater Sicherheitskräfte. Denken Sie an Hubschrauberflüge aufs offene Meer ohne Rückkehr für manche Passagiere. Der zweite wäre großflächiger, mit urbaner Gewalt, wie wir sie in Ansätzen schon kennen.

weltweiter Daten errechnet, dass in einem Land, in dem die strukturellen Bedingungen für einen Bürgerkrieg erfüllt sind, die jährliche Eintrittswahrscheinlichkeit bei etwa 4 Prozent liegt. Rechnet man das auf fünf Jahre hoch, ergibt sich eine kumulative Wahrscheinlichkeit von rund 18,5 Prozent. Das heißt: Selbst wenn es im ersten Jahr nicht passiert, bleibt das Risiko in jedem Folgejahr bestehen und summiert sich. Dazu kommt ein weiterer Faktor aus der Bürgerkriegsliteratur: Bürgerkriege „springen“ oft auf Nachbarländer über. Bricht ein solcher Konflikt in einem europäischen Land aus – nehmen wir Frankreich als Beispiel –, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich die Unruhen auf Nachbarstaaten übertragen. Walter gibt dafür keine feste Prozentzahl, aber wenn man konservativ 50 Prozent annimmt und diese Kettenreaktion auf eine Gruppe von zehn Ländern mit denselben Risikofaktoren überträgt, steigt die Fünfjahreswahrscheinlichkeit im europäischen Kontext leicht auf 60 Prozent oder mehr. Bereiten Sie persönlich sich auf ein Bürgerkriegsszenario vor? Ich bin kein Prepper, habe keine Waffen und baue keine Festung. Meine Aufgabe ist es, die Lage zu verstehen und öffentlich darüber zu sprechen. Wer sich praktisch vorbereiten will, findet bei spezialisierten Organisationen viele Hinweise. Meine Hoffnung ist, dass durch Aufklärung genug Menschen und Ideen zusammenkommen, um vielleicht doch einen friedlicheren Weg zu finden – auch wenn ich da nicht übermäßig optimistisch bin.

Auskoppelung mit freundlicher Genehmigung der Autoren und des Verlages.